

# Medienspiegel Woche 49 / 2015

	Seite
Starke Volksschule St. Gallen, 22.11.2015 <b>Austritt aus dem HarmoS-Konkordat – erster Schritt</b>	1
DIE ZEIT, 23. November 2015 <b>Lehrplan 21: So nicht, Herr Eymann!</b>	2
SonntagsZeitung, 29.11.2015 <b>Die linken Schulpolitiker sind endlich aufgewacht</b>	3
<b>Diese Rechnung geht nicht auf</b>	
<b>Die grosse «Reformitis»: Umstrittene Reformen in Schweizer Schulen</b>	4
<b>Banal bis ambitioniert: Das müssen die Schüler beherrschen</b>	5
Tagblatt, 30. November 20 15 <b>Initiative gegen Lehrplan 21 kommt vors Volk</b>	7
Neue Luzerner Zeitung, 1. Dezember 2015 <b>Fremdsprachen-Initiative bleibt im Rennen</b>	8
Tages-Anzeiger, 03.12.2015 <b>Lehrer benoten Eltern schlecht</b>	9
Schule Schweiz, 3. Dezember 2015 <b>Gott bewahre - Medien manipulieren doch nicht</b>	11
SonntagsZeitung, 6.12.2015 <b>Schulreform: Warnung an renitente Lehrer</b>	12
<b>«Der Lehrplan ist umzusetzen»</b>	
GBW-Tagung 14.11.2015 <b>Digitalisierung als De-Humanisierung – Gegen die Ökonomisierung des Bildungswesens</b>	14

Starke Volksschule St. Gallen, 22.11.2015

## **Austritt aus dem HarmoS-Konkordat – erster Schritt**

**Stellungnahme zu dem Artikel «Hello und Bonjour bleiben», Tagblatt 19.11.15**

<http://starkevolksschulesg.ch/wp-content/uploads/Tagblatt-19.-November-2015.pdf>

Der Verein "Starke Volksschule St. Gallen" wurde im April 2014 gegründet, um zu helfen, die Volksschule zu verbessern, verfehlte Schulreformen zu korrigieren und die demokratischen Rechte des Volkes in Bildungsfragen zu stärken. Zu diesem Zweck hat er zwei Volksinitiativen lanciert: Eine zum Austritt des Kantons St. Gallen aus dem HarmoS-Konkordat, die zweite zur Verhinderung des Lehrplans 21 durch dessen Unterstellung unter das fakultative Referendum. Diese zweite Initiative, bzw. deren Forderung „maximal eine Fremdsprache“ in der Primarschule wurde vom kantonalen Verwaltungsgericht als ungültig erklärt, weil dies dem HarmoS-Konkordat widerspreche.

Der Regierungsrat behauptet nun fälschlicherweise, die Bundesverfassung schreibe zwei Fremdsprachen in der Primarschule vor, so dass der Austritt aus HarmoS nichts nütze. Tatsächlich weiss der Regierungsrat sehr wohl, dass in der Bundesverfassung kein Wort zur Fremdsprachenfrage steht. Vielmehr wird mit dem HarmoS-Austritt der Weg frei, im Kanton St. Gallen den Fremdsprachenunterricht in der Primarschule zur Diskussion zu stellen und zuallererst einmal sicherzustellen, dass unsere Kinder in den ersten Schuljahren die deutsche Sprache von Grund auf lesen und schreiben lernen.

Dazu kommt, dass der Unterricht von zwei Fremdsprachen in der Primarschule nur eine von vielen Baustellen ist, die angepackt werden müssen. Mit dieser Auffassung steht der Verein „Starke Volksschule St. Gallen“ nicht allein. Beim Sammeln der Unterschriften für die HarmoS-Austritts-Initiative konnten wir von unzähligen besorgten Eltern hören, was sie heute täglich erleben: Die Kinder müssen viel zu viel allein arbeiten ohne Anleitung und Korrekturen des Lehrers, sie lernen die Grundrechenarten nicht mehr richtig, sie müssen selbstständige Arbeiten machen, die sie völlig überfordern und die nicht ohne Hilfe der Eltern bewältigt werden können; viele Kinder werden zu Problemfällen erklärt und pathologisiert.

Gegen zweifelhafte Schulreformen wie den Lehrplan 21, der von oben verordnet worden ist und bereits heute in den Schulalltag einfließt, müssen daher politische Massnahmen ergriffen werden. Inzwischen laufen in 11 von 21 Deutschschweizer Kantonen Initiativen gegen den Lehrplan 21. Deshalb wollen die Initianten die weitere Entwicklung unserer Volksschule den Stimmberechtigten unterbreiten. Gemäss dem Entscheid des St. Galler Verwaltungsgericht muss der Kanton zunächst aus dem HarmoS-Konkordat austreten. Ein Austritt aus dem HarmoS-Konkordat ist also der erste Schritt, damit der nächste erfolgen kann: eine wieder eigenständige St. Galler Schulpolitik, die vom Volk mitgetragen wird.

Hans-Walter Guidon  
Präsident Verein Starke Volksschule St. Gallen

<http://starkevolksschulesg.ch/wp-content/uploads/Stellungnahme-SVSG-19.11.15.pdf>

DIE ZEIT Nr. 47/2015, 23. November 2015

# Lehrplan 21: So nicht, Herr Eymann!

Ein Kommentar von Claudio Kuster

Unter dem Titel [Das geht die Eltern nichts an gab uns Christoph Eymann](#), Präsident der Schweizerischen Erziehungsdirektoren-Konferenz (EDK), letzte Woche (*ZEIT* Nr. 46/15) zu verstehen, was er von Mitsprache bei der Einführung des Lehrplans 21 hält: Nichts. Dafür brauche es "Fachleute und nicht ein Parlament". Die Eltern und das Stimmvolk gingen diese Fragen schon gar nichts an.

Vorneweg, ich gehöre keineswegs zu jenen religiös Motivierten, die sich gegen Aufklärungsunterricht in der Primarschule wehren. Auch bin ich ein Freund des Fremdsprachenlernens. Und doch gehe ich mit den Kritikern einig: Die Art und Weise, wie der Lehrplan 21 nun in den Kantonen eingeführt werden soll, widerspricht unseren demokratischen Usancen diametral. Dass nur die Kantonsregierungen respektive deren Erziehungsräte darüber entscheiden, ob, wie und wann dieser eingeführt wird, widerspricht mir zutiefst.

Um dies zu ändern, sind nun von Baselland bis Graubünden Volksbegehren aufgegleist worden, welche vor allem eines wollen: eine Kompetenzverschiebung. Zwar liegt es auf der Hand, dass es Bildungsexperten braucht, um Lehrpläne, Lehrmittel und Stundentafeln auszuarbeiten. Ein Jekami dient niemandem. Ich sehe aber keinen Grund, warum das letzte Wort nicht bei den Kantonsparlamenten liegen soll. Oder, wenn es verlangt wird, beim Volk.

In den letzten 20 Jahren fanden hierzulande über 300 kantonale Abstimmungen statt, in denen dem Souverän bildungspolitische Fragen zugemutet wurden. Es ging um neue Turnhallen, Lehrerlöhne und den Schulzahnarzt. Aber ebenso um Fragen, die den Schulunterricht betrafen: Mundart im Kindergarten, Limitierung der Klassengrößen, Ethikunterricht, handwerkliches Gestalten oder eben um die Fremdsprachen. Vor einigen Jahren hat das Volk sogar den Jugendmusikunterricht in die Bundesverfassung erhoben.

Bei jedem einzelnen Thema kann man geteilter Meinung sein. Falsch ist einzig, wenn man solche Entscheide den Bildungsbürokraten im Elfenbeinturm überlässt.

Claudio Kuster hat im Kanton Schaffhausen die Volksinitiative "Lehrpläne vors Volk" mitlanciert. Er ist parteilos und politischer Sekretär von Ständerat Thomas Minder.

<http://www.zeit.de/2015/47/claudio-kuster-lehrplaene-vors-volk>

SonntagsZeitung, 29.11.2015

## Die linken Schulpolitiker sind endlich aufgewacht

Arthur Rutishauser, Chefredaktor

**Das war nun wirklich überfällig. Nachdem die gesamte Linke die Kritik am Schulwesen** jahrelang darauf beschränkt hat, über angeblich fehlende Mittel zu jammern, kommt nun aus dieser Ecke endlich wieder ein kritischer Ansatz inhaltlicher Art. Völlig zu Recht, denn vor bald zehn Jahren sprach sich das Volk mit überwältigender Mehrheit für eine Harmonisierung des Schweizer Bildungswesens aus. Die sogenannte Bildungsverfassung verpflichtet seither die Kantone und den Bund zur Koordination und Zusammenarbeit im gesamten Bildungsbereich. Schuleintrittsalter, Schulpflicht, Dauer und Ziele der Bildungsstufen, Übergänge im System und die Anerkennung von Abschlüssen sollten gesamtschweizerisch geregelt werden. Die Kantone sollten zwar die Schulhoheit behalten. Die Verfassung verpflichtet seither jedoch die Kantone und den Bund zur Zusammenarbeit. Alles in allem sollte das System vereinfacht werden, es sollte vor allem einfacher werden, wenn eine Familie mit Kindern von einem Kanton in einen anderen umzieht.

**Doch das Gegenteil ist passiert. Das Wirrwarr ist grösser denn je.** Die Kantone streiten sich untereinander mit viel Herzblut, wann denn nun genau wer mit welcher Fremdsprache beginnen soll – obwohl alle wissen, dass erstens der frühe Beginn nicht viel bringt und zweitens die Jugendlichen nach der Volksschule bestenfalls Englisch können und die Kenntnisse der zweiten Landessprache, sei es nun Deutsch oder Französisch, allen Förderungsmassnahmen zum Trotz eine Katastrophe sind. Bei der Dauer und dem Ziel der Bildungsübergänge gibt es inzwischen deutlich mehr Systeme als Kantone. Das geht mittlerweile so weit, dass die Lehrmeister den Zeugnissen der Sekundarschule nicht mehr trauen und eigene Tests durchführen.

**Was es braucht im Volksschulwesen, ist eine Rückbesinnung auf das Wesentliche,** auch und gerade bei der Harmonisierung der Systeme. Die Eckpfeiler sind klar: Wann man mit welcher Fremdsprache beginnen soll, müsste dazugehören, denn wie soll sich sonst ein Kind in der neuen Schule zurechtfinden, wenn die Eltern den Kanton wechseln? Gleiches gilt für die Lernziele in Mathematik und in der Muttersprache. Dazu gehört auch der Zeitpunkt des Übertritts in die Sekundarstufe. Und jener ins Gymnasium und die Antwort auf die Frage, ob es dazu eine Prüfung braucht. Der Rest ist geregelt durch die Anforderungen an die Berufsabschlüsse oder die Matur. Doch all das haben die Bildungspolitiker mit ihren Beamten nicht geschafft und stattdessen einen neuen Lehrplan mit 363 Kompetenzen und 2304 Kompetenzstufen für Nebensächlichkeiten erfunden. Für Schüler gäbe es bei so einem Resultat eine 2.

[http://www.sonntagszeitung.ch/read/sz\\_29\\_11\\_2015/nachrichten/Die-linken-Schulpolitiker-sind-endlich-aufgewacht-50063](http://www.sonntagszeitung.ch/read/sz_29_11_2015/nachrichten/Die-linken-Schulpolitiker-sind-endlich-aufgewacht-50063)

Weiterer Artikel aus der Sonntagszeitung vom 29.11.2015 (schon im letzten Medienspiegel)

## Diese Rechnung geht nicht auf

[http://www.sonntagszeitung.ch/read/sz\\_29\\_11\\_2015/nachrichten/Diese-Rechnung-geht-nicht-auf-50213](http://www.sonntagszeitung.ch/read/sz_29_11_2015/nachrichten/Diese-Rechnung-geht-nicht-auf-50213)

SonntagsZeitung, 29.11.2015

## **Die grosse «Reformitis»: Umstrittene Reformen in Schweizer Schulen**

### **Lesen durch Schreiben**

«Lesen durch Schreiben» wurde Anfang der 1980er-Jahre vom Schweizer Reformpädagogen Jürgen Reichen entwickelt. Es lässt Kinder individuell und nach eigenem Tempo das Schreiben lernen. Rechtschreibregeln werden erst später gelernt. Das führt zu teils katastrophalen Resultaten, vor allem schwache Schüler leiden darunter. Ähnlich ist die Kritik gegenüber dem Konzept «Schreiben nach Gehör».

### **Integrative Schulung**

Seit gut zehn Jahren gilt das Prinzip, Kinder mit Behinderungen oder mit Lernschwierigkeiten nicht mehr in Sonder- und Kleinklassen zu unterrichten, sondern möglichst in die Regelklassen zu integrieren. Die anfängliche Begeisterung ist verflogen. Weil die Integration vielerorts Teil einer Sparübung war, fehlen nun oft die nötigen Ressourcen.

### **Mengenlehre**

«Wenn drei Leute im Raum sind und fünf rausgehen, dann müssen zwei hinein, damit der Raum wieder leer ist.» – Die Mengenlehre sollte den Mathematikunterricht in den 1970er-Jahren revolutionieren, trieb Schüler und Eltern aber eher zur Verzweiflung. Die Reform erreichte keines der versprochenen Ziele und wurde nach und nach aus den Schulzimmern verbannt.

### **Altersdurchmisches Lernen**

Statt in Jahrgangsklassen sollen die Schüler in altersdurchmischten Klassengemeinschaften lernen, also werden zwei oder drei Klassen im gleichen Schulzimmer unterrichtet. Was von den Behörden als modern und pädagogisch fortschrittlich gelobt wird, entpuppt sich in der Praxis meist als Sparübung mit schwerwiegenden Problemen für Schüler und Lehrer.

### **Pisa**

2001 veröffentlichte die OECD ihren ersten internationalen Vergleich des Lernerfolgs. So lassen sich die Leistungen von Schülern aus Arbon am Bodensee bis Zara in der Türkei simpel auf einer eindimensionalen Skala abbilden. Erfahrungen mit der Testresultat-gesteuerten Bildungspolitik in den USA sind allerdings schlecht.

### **Frühe Sprachförderung**

Frühenglisch oder Frühfranzösisch stehen in den Bildungsbürokratien hoch im Kurs. Doch die hohen Erwartungen konnten nicht erfüllt werden. Untersuchungen zeigen, dass der Vorsprung der Kinder mit frühem schulischem Fremdsprachenunterricht nach kürzester Zeit verschwindet und dass ein konzentrierter, späterer Fremdsprachenunterricht mehr bringen würde.

## Harmos

Mit der Interkantonalen Vereinbarung über die Harmonisierung der obligatorischen Schule, kurz Harmos, werden die kantonalen Schulsysteme einheitlicher geregelt. Für Familien mit schulpflichtigen Kindern soll damit der Umzug von einem Kanton in einen anderen einfacher werden. Dieses Ziel wurde verfehlt, da sich die Deutschschweizer Kantone beim Fremdsprachenunterricht nicht einigen konnten.

## Lehrerinnen und Lehrer

«Die Schulen sind nicht so gut wie ihre Reformen, sondern so gut wie ihre Lehrer», sagt Rolf Dubs, ehemaliger Professor für Wirtschaftspädagogik. Obwohl wissenschaftlich erwiesen ist, dass die Lehrpersonen hauptsächlich für den Lernerfolg der Schüler verantwortlich sind, kümmern sich die meisten Reformen um alles andere als um die Lehrer. Im Lehrplan 21 werden sie zu Lerncoaches degradiert, fürchten viele Lehrer.

[http://www.sonntagszeitung.ch/read/sz\\_29\\_11\\_2015/nachrichten/50216](http://www.sonntagszeitung.ch/read/sz_29_11_2015/nachrichten/50216)

SonntagsZeitung, 29.11.2015

## Banal bis ambitioniert: Das müssen die Schüler beherrschen

### Der Lehrplan 21 listet die zu erwerbenden Kompetenzen detailliert auf: Beispiele aus dem neuen Regelwerk

*Der Lehrplan 21 listet die Kompetenzen auf, die in der Schule erworben werden sollen. Einige sind hochambitioniert, andere äusserst banal.*

#### **Deutsch: Leseverhalten**

«Die Schülerinnen und Schüler können sich mithilfe gezielter Fragen darüber austauschen, welche Leserinteressen sie haben, und können so ihre Lektüreauswahl in der Bibliothek, in der Leseecke reflektieren.»

#### **Deutsch: Literarische Texte**

«... können ein Buch auswählen, indem sie in verschiedenen Büchern schnuppern (z. B. durchblättern, Anfang oder Schluss lesen).»

«... können sich darauf einlassen, immer wieder neue Bilderbücher, Hörbücher, Hörspiele, Filme anzuschauen, zu lesen, zu hören und darüber zu sprechen.»

### **Natur und Technik**

« . . können Stoffe als globale Ressource erkennen und nachhaltig damit umgehen.»

### **Mathematik**

« . . können mit der Schere Streifen, Ecken und Rundungen schneiden und sammeln Erfahrungen mit Scherenschnitten.»

« . . können den Computer zur Erforschung geometrischer Beziehungen nutzen (z. B. die Lage des Umkreismittelpunkts bei spitzwinkligen, rechtwinkligen und stumpfwinkligen Dreiecken).»

### **Ethik, Religionen, Gemeinschaft**

« . . können am Ort und auf Reisen religiöse Spuren oder religiöse Stätten identifizieren und in ihrem Kontext betrachten.»

### **Wirtschaft, Arbeit, Haushalt**

**« . . können unterschiedliche Einflüsse auf die Gestaltung des Konsumalltages erkennen und benennen sowie deren Bedeutung für das eigene Konsumieren reflektieren (z. B. Marktangebot, finanzielle Ressourcen, Medien, soziales Umfeld).»**

« . . setzen sich mit Fragen der zukünftigen Ernährungssicherheit einer steigenden Weltbevölkerung auseinander.»

« . . können Essen und Trinken unterschiedlichen Situationen anpassen und variantenreich gestalten.»

### **Räume, Zeiten, Gesellschaften**

**« . . können die Anliegen des nachhaltigen Tourismus erklären und reflektieren sie in Bezug auf die eigene Feriengestaltung.» « . . können sich über den Klimawandel informieren, Ursachen erläutern und Auswirkungen des Klimawandels auf verschiedene Regionen der Welt, insbesondere die Schweiz, einschätzen.»**

### **Natur, Mensch, Gesellschaft**

« . . können den Gebrauch von Sagen und Mythen in der aktuellen Gegenwart kritisch reflektieren.»

« . . können Konsumgüter als Statussymbole und als Zeichen der Zugehörigkeit oder Abgrenzung von Gruppen erkennen.»

« . . können Formen des Unterwegs-Seins von Menschen, Gütern und Nachrichten erkunden sowie Nutzen und Folgen des Unterwegs-Seins für Mensch und Umwelt abschätzen.»

[http://www.sonntagszeitung.ch/read/sz\\_29\\_11\\_2015/nachrichten/Banal-bis-ambitioniert-Das-muessen-die-Schueler-beherrschen-50214](http://www.sonntagszeitung.ch/read/sz_29_11_2015/nachrichten/Banal-bis-ambitioniert-Das-muessen-die-Schueler-beherrschen-50214)

Mehr dazu: **Orientierungspraxis der EDK gegenüber dem „dummen“ Volk**

<http://schuleschweiz.blogspot.ch/2015/12/d-edk-befremdet.html?showComment=1449045457052#c2468501704874636711>

<http://schuleschweiz.blogspot.ch/2015/12/auch-die-edk-reagiert-scharf.html>

Tagblatt, 30. November 20 15

## Initiative gegen Lehrplan 21 kommt vors Volk

**APPENZELL.** Die Einzelinitiative «Für eine starke Volksschule» zielt auf die Ablehnung des Lehrplans 21 im Kanton Appenzell Innerrhoden. Der Grosse Rat schmetterte die Initiative am Montag ohne Gegenvorschlag ab. Das letzte Wort hat die Landsgemeinde Ende April 2016.

Die Standeskommission empfahl dem Kantonsparlament die Initiative ohne Gegenvorschlag zur Ablehnung. Im Kanton St.Gallen war eine ähnliche Initiative für ungültig erklärt worden, weil solche Gesetzesänderungen nicht möglich seien, solange St.Gallen Mitglied des Harnos-Konkordats sei.

Appenzell Innerrhoden gehöre weder dem Harnos-Konkordat an, noch würden in der Primarschule zwei Fremdsprachen unterrichtet, sagte Grossratspräsident Pius Federer.

### Lehrpersonen nicht bevormunden

Die Initiative will, dass nur Jahrgangsklassen geführt werden, altersdurchmischte Klassen sind nur im Ausnahmefall vorgesehen. Ausserdem wird Frontalunterricht gefordert. «Das wäre eine Bevormundung der Lehrpersonen», sagte Landammann Roland Inauen, Vorsteher des Erziehungsdepartements.

Auch will die Initiative den Fächerkatalog für Kindergarten, Primarschule und Oberstufe fest definieren. «Das Fächerangebot ist dynamisch und verändert sich mit den Generationen», erklärte Inauen. Solange es gehe, halte Innerrhoden daran fest, dass die erste Landessprache Französisch ab der Oberstufe von Fachkräften unterrichtet werde. «Das System hat sich bewährt», so Inauen.

### Keine altersdurchmischte Klassen vorgesehen

Die Initiative könne nur das Schulgesetz abändern und nicht den Lehrplan 21. Dieser soll Ende 2016 von der Landesschulkommission verabschiedet werden und 2018 in Kraft treten. Es werde in Appenzell Innerrhoder auch in Zukunft keine Basisstufe geben und auch keine altersdurchmischte Klassen, versprach Inauen. Am Schulnoten-Katalog 1 bis 6 werde festgehalten.

Im Rat wurde an der Initiative kein gutes Haar gelassen: Sie wolle die Schule 50 Jahre zurückdrehen und eine vermeintlich heile Welt wieder auferstehen lassen, sagten verschiedene Rednerinnen. Der Lehrplan 21 richte sich nach den Kompetenzen der Kinder und nicht nach ihren Defiziten.

Die Initiative wolle pädagogische Aufgaben auf die politische Ebene heben, kritisierte ein weiterer Grossrat. Ein gemeinsamer Lehrplan sei eine Chance. Auch die Kommission für Soziales, Gesundheit, Erziehung und Bildung sprach sich gegen die Einzelinitiative aus. Der Rat lehnte die Vorlage einstimmig ab. (sda)

<http://www.tagblatt.ch/ostschweiz/appenzellerland/arai/innerrhoden/Initiative-gegen-Lehrplan-21-kommt-vors-Volk;art159209,4444761>

Mehr dazu:

**Die Initiative “Für eine starke Volksschule” wird der Landsgemeinde ohne Gegenvorschlag im ablehnenden Sinn vorgelegt**

[Appenzeller Volksfreund, 1.12.2015](#)



Neue Luzerner Zeitung, 1. Dezember 2015

## **Fremdsprachen-Initiative bleibt im Rennen**

**Die Fremdsprachen-Initiative ist für gültig erklärt worden.**

LUZERN · Die im Kanton Luzern eingereichte Volksinitiative «eine Fremdsprache auf der Primarstufe» ist gültig. Dies hat der Kantonsrat gegen den Antrag des Regierungsrates entschieden. Dieser muss nun politisch Stellung zum Anliegen beziehen.

Der Kantonsrat hiess mit 112 zu 0 Stimmen die Gültigkeit der Initiative gut und wies das Geschäft mit 113 zu 0 an die Regierung zurück. Dieser muss nun inhaltlich Stellung beziehen und sagen, ob sie das Anliegen des Volksbegehrens unterstütze oder nicht.

Bildungsdirektor Reto Wyss sagte, nachdem Graubünden und St. Gallen ähnliche Initiativen für ungültig erklärt hätten, habe der Regierungsrat die Gültigkeit abklären lassen. Die Gutachter seien zum Schluss gekommen, dass die Initiative gegen übergeordnetes Recht verstosse.

Die Initianten reagierten mit einem Gegengutachten, das die Gültigkeit der Initiative feststellte. Die vorberatende Parlamentskommission hatte darauf entschieden, wegen des Patts der Expertenmeinungen sich für die Gültigkeit und somit für die Volksrechte auszusprechen. Dieses Vorgehen fand im Kantonsparlament keinen Widerspruch.

Die Initiative verlangt, dass auf der Primarstufe nur eine Fremdsprache unterrichtet wird. Ob dies Englisch oder Französisch sein solle, lässt die Initiative offen.

sda

<http://www.luzernerzeitung.ch/nachrichten/zentralschweiz/lu/luzern/Luzerner-Fremdsprachen-Initiative-bleibt-im-Rennen;art92,637618>

Tages-Anzeiger, 03.12.2015

## Lehrer benoten Eltern schlecht

**Die Lehrer wünschen sich von den Eltern mehr Respekt und weniger Einmischung. Das zeigt eine Umfrage. Doch auch von Elternseite kommt Kritik.**

Von Hannes Nussbaumer



«Ich stelle eine Ernüchterung fest», sagt Lilo Lätzsch, die Präsidentin des Zürcher Lehrerinnen- und Lehrerverbands: eine Ernüchterung der Lehrer über die Eltern und deren schulisches Engagement.

Die Beteiligung der Eltern am Schulbetrieb ist im Kanton Zürich gesetzlich festgezurrt: Das 2005 angenommene Volksschulgesetz verlangt, dass Schule, Eltern und Lehrer zusammenarbeiten und dass die Eltern mitwirken, wenn es um Entscheide geht, die für ihr Kind wichtig sind. In der Folge hätten viele Schulen einen Effort unternommen und sich darum bemüht, die Beziehung zu den Eltern zu verbessern, sagt Lätzsch.

Doch inzwischen scheint aus der Euphorie ein Kater geworden zu sein. Diesen Schluss legen die Ergebnisse einer Umfrage des Zürcher Lehrerverbands (ZLV) nahe. Der Verband hat seine Mitglieder zu ihren Erfahrungen im Umgang mit den Eltern befragt. 40 Prozent der 2859 angeschriebenen Personen haben geantwortet – damit sei die Erhebung repräsentativ, schreibt der ZLV.

Laut Umfrage finden knapp zwei Drittel der Befragten, die Eltern sollten die Lehrerinnen und Lehrer «generell mehr respektieren». Ebenso verbreitet ist die Ansicht, die «Eltern sollten der Schule mehr vertrauen und sich weniger einmischen». Gar 70 Prozent sind der Meinung, die «Eltern sollten ihre Kinder wieder besser erziehen».

### Fehlendes Interesse

Lilo Lätzsch diagnostiziert «ein grosses Unbehagen» bei den Lehrern. Ist also das Bemühen gescheitert, die Eltern stärker in die Schule einzubeziehen? Problem Nummer eins ist für die ZLV-Präsidentin, dass das Interesse am Schulalltag bei vielen Eltern klein sei – allzu klein, findet sie. Die Gründe dafür seien vielfältig: Bildungsfernen Eltern mangle es am Verständnis für die Bedeutung der Schule; bei Fremdsprachigen komme hinzu, dass sie sich oft wegen ihrer Deutschdefizite genieren und deshalb zurückhalten würden. Andere Eltern seien beruflich derart eingespannt, dass ihnen schlicht die Zeit fehle.

Verbandspräsidentin Lätzsch zieht daraus einen doppelten Schluss. Erstens: «Die Schule muss ihre Erwartungen an die Elternzusammenarbeit senken.» Zweitens: «Die Schule muss an die Eltern klare Ansprüche stellen.» Zum Beispiel liege es in der Verantwortung der Eltern, dass die Kinder ausgeschlafen in die Schule kommen würden.

Zum unterengagierten Elterntyp kommt – Problem Nummer zwei – der überengagierte hinzu. Laut ZLV-Umfrage ist der Aufwand, den die beiden Typen verursachen, ziemlich identisch. Überengagierte Eltern sind in der Regel gut gebildet und gut verdienend. Sie wollen unbedingt, dass ihr Kind ins Gymnasium kommt. Und sie haben Erwartungen, welche die Schule überfordern – zum Beispiel, dass ihr Kind schon in der Primarschule lernt, fließend Englisch zu sprechen.

Und sie wissen sich Gehör zu verschaffen: Laut ZLV-Erhebung haben über 20 Prozent der Befragten mindestens einmal die Erfahrung gemacht, dass Eltern mit dem Anwalt drohten. Andere Eltern bringen ihr (Über-)Engagement zum Ausdruck, indem sie jede Prüfung ihres Kindes nachkorrigieren und sofort reklamieren, wenn sie mit einer Bewertung durch den Lehrer nicht einverstanden sind.

Auch Martin Wendelspiess, der Chef des Zürcher Volksschulamts, weiss, dass es betreuungsintensive Eltern gibt. Gleichzeitig betont er, dass die Mehrheit der Eltern keine Probleme bereitet: «Die meisten respektieren die Regeln.»

Nichtsdestotrotz empfinden die Lehrerinnen und Lehrer den Umgang mit den Eltern offenkundig als anspruchsvoll – das manifestiert sich nicht nur in der ZLV-Erhebung. Eine Befragung von Zürcher Junglehrern ergab, dass diese ihre Kompetenzen im Bereich der Elternarbeit als gering wahrnehmen. Und die Beratungseinrichtung der Luzerner Dienststelle für Volksschulbildung vermeldete unlängst, dass sich 2014 277 Lehrerinnen und Lehrer und damit 50

mehr als im Vorjahr gemeldet hätten – der Umgang mit den Eltern gehörte zu den Hauptthemen, welche die Ratsuchenden beschäftigten.

### **Unangenehme Gespräche**

Das Verhältnis zwischen Schule und Eltern sei in den letzten Jahren schwieriger und angespannter geworden, sagen Lehrer und Experten einhellig. Weniger eindeutig ist die Einschätzung, wenn es um die Ursachen geht: Ist es tatsächlich so, dass die Lehrer die Opfer und die Eltern das Problem sind? Oder sind auch andere Faktoren Teil des Problems? Zum Beispiel die Schulen selbst?

Maya Mülle ist Organisationsberaterin für Schulen und Leiterin der Fachstelle Elternmitwirkung in Zürich. Sie verweist auf die wirtschaftliche Lage: «Noch selten waren die Aussichten so unsicher, gerade für Gutgebildete aus dem Mittelstand. Darauf reagieren die Eltern, indem sie alles tun, um ihre Kinder möglichst gut zu positionieren.» Gleichzeitig sei die Situation von Menschen mit wenig Bildung wirtschaftlich höchst prekär und oft kombiniert mit negativen Behördenerfahrungen, welche sich dann in der Wahrnehmung der Schule spiegeln würden. «Dass es in einer solchen Konstellation für die Schule schwierig wird, liegt auf der Hand.»

Hinzu komme, so Mülle, dass sich viele Schulen zwar stark darum bemühen würden, die Beziehung zu den Eltern zu pflegen. Neben dem individuellen Elternkontakt würden runde Tische und andere Formen des Elterneinbezugs geschaffen. Doch ein Obligatorium, wie es mit dem neuen Volksschulgesetz entstanden sei, wecke auch Widerstand, sagt Maya Mülle: «Es gibt immer solche, die dagegen sind. Das ist bei der Elternmitwirkung nicht anders: Manche Schulen stecken als Erstes die Grenzen ab.»

Das sieht auch Gabriela Kohler-Steinhauser so, die Präsidentin der KEO, der kantonalen Elternmitwirkungsorganisation in Zürich: «Viele Schulen haben sich nicht so geöffnet, wie es nötig wäre. Darauf reagieren manche Eltern scharf.» Was den Schluss nahelegt: Im Verhältnis zwischen Lehrern und Eltern herrscht nicht nur auf Lehrerseite Irritation, sondern auch auf der Gegenseite.

Exemplarisch erwähnen Eltern und Fachleute den Fall, wo ein für das Kind weitreichender Entscheid ansteht – etwa eine sonderpädagogische oder eine disziplinarische Massnahme. In solchen Fällen verlangt das Volksschulgesetz, dass die Eltern am Entscheid beteiligt werden. In der Realität ist es aber oft so, dass das Elternpaar – oder, bei Alleinerziehenden, ein Elternteil allein – einem ganzen Team von pädagogischen Fachleuten gegenübersteht, die sich erstens kennen, zweitens duzen, drittens alles schon vorbesprochen haben und viertens die Eltern vor vollendete Tatsachen stellen. «Eltern werden bei solchen Gesprächen oft als Befehlsempfänger behandelt», sagt KEO-Präsidentin Kohler-Steinhauser. «Es ist klar, dass eine solche Situation von viele Eltern als sehr unangenehm empfunden wird.»

### **«Das geht nicht»**

Die KEO bietet den Eltern an, sie auf solche Gespräche vorzubereiten. Auch Maya Mülle sieht in der Verbesserung solcher Gespräche «viel Potenzial»: «Ein runder Tisch mit lauter Fachleuten und einer eingeschüchterten Mutter, die sich kaum zu reden traut: Das geht nicht.» Mülles Forderung: «Es braucht erstens eine Traktandenliste, damit sich auch die Eltern vorbereiten können. Zweitens müssen gerade Alleinerziehende die Möglichkeit haben, jemanden mitzunehmen. Drittens ist es wichtig, dass eine Massnahme gemeinsam formuliert wird – die Chance für eine erfolgreiche Umsetzung ist dann viel grösser.»

Auch Volksschulamtschef Wendelspiess sieht in der Anlage solcher Gespräche ein Problem: «Ein gleichwertiges Gespräch, und ein solches streben wir an, ist da nicht möglich.» Sein Amt habe daher die Schulen aufgefordert, sensibel zu sein bei der Zusammensetzung der Gesprächsrunden: «Es sollte vermieden werden, dass eine Mutter einer Fünfergruppe gegenübersteht.»

<http://www.tagesanzeiger.ch/zuernich/stadt/lehrer-benoten-eltern-schlecht/story/13511859?track>

Schule Schweiz, 3. Dezember 2015

## Gott bewahre - Medien manipulieren doch nicht

Leserbrief von Kurt Scherrer

Als pensionierter Lehrer interessieren mich gleichwohl Fragen rund um Schule und Bildung weiterhin. Dazu gehört aktuell besonders der Themenkreis „Lehrplan 21“. Wieso nur finde ich es so schwer, mir dazu aus den Medienberichten ein auch nur halbwegs vernünftiges Bild zu machen? Als Stimmbürger, der in absehbarer Zeit über die Einführung des Lehrplans 21 im Kanton Zürich befinden können sollte, wäre ich doch eigentlich angewiesen darauf, gerade auch über die Medien als Informationsvermittler mit anständigen, unvoreingenommenen und sachbezogenen Berichten möglichst umfassend, vollständig und laufend über diese Vorlage informiert zu werden. Aber was bekomme ich stattdessen zum Thema Lehrplan 21 auch in dieser Zeitung medial vorgesetzt? Bisher erschreckend wenig, was meines Erachtens obiger Aufgabenumschreibung einer seriösen Zeitung würdig wäre.

Ein Beispiel: Zufälligerweise erfahre ich über Bekannte am vergangenen Freitagabend (27.Nov.2015), dass gleichentags in Zürich jene kantonale Volksinitiative, die eine Volksabstimmung zur Einführung des Lehrplans 21 im Kanton Zürich verlangt, mit mehr als der doppelten Anzahl benötigter Unterschriften offiziell eingereicht worden sei. Und was berichtet zu diesem bemerkenswerten Ereignis der AvU/ZO (Anzeiger von Uster/Zürcher Oberländer, U.K.) am nächsten Tag (und auch an den folgenden Tagen)? Nichts, einfach nichts; kein Wort! Stattdessen aber findet sich ausgerechnet am nächsten Tag — und komplett ungerührt und völlig kommentarlos! — eine ganze Spalte voll fast über die ganze Zeitungsseite hinunter ein lapidarer Bericht darüber, wie die Zürcher Bildungsbehörden in den nächsten Jahren den Lehrplan 21 kantonsweit einzuführen gedenken — so wie wenn dies total unbestritten, völlig klar und längst entschieden wäre!

Aber gut, denke ich, vielleicht hatte der AvU/ZO ja gar keine Kenntnis über das deutliche Zustandekommen und das fristgerechte Einreichen der Volksinitiative zum Lehrplan 21. Jetzt will ich es wissen und frage übers Wochenende ein Mitglied jenes kantonalen Initiativkomitees, dem immerhin eine Ustermer Partei-Exponentin vorsteht! Doch doch, erfahre ich, natürlich habe man im Voraus zahlreiche Medien, auch den AvU/ZO, mitsamt Informationsunterlagen zur geplanten Einreichung der Initiative nach Zürich eingeladen, aber leider sei nur ein einziger Journalist eines Zürcher Blattes erschienen, und auch dieser nur kurz. Damit reiht sich der AvU/ZO ein in eine ungute, aber offensichtlich tendenziöse Art des medialen Umgangs mit unliebsamen Tatsachen, und meine Vermutung wird zur Gewissheit: Der Medienlobby als vierte Macht im Staat passt diese Initiative ganz einfach eindeutig nicht!

Fazit: Die Kritiker des Lehrplans 21 können sich einer sachbezogenen, fairen Berichterstattung sowie anständigen medialen Behandlung leider nicht sicher sein und werden sich im Hinblick auf den kommenden Abstimmungskampf wohl warm anziehen müssen — es sei denn, die führenden Medienverantwortlichen besinnen sich eines Besseren, hat sich doch ganz neu just zum Beginn der Adventszeit zum beabsichtigten Lehrplan 21 im Land schweizweit eine prominente und breit aufgestellte, klar linkspolitisch engagierte Gegnerschaft erstmals zu Worte gemeldet und sich mit ihren kritischen Sachargumenten jetzt deutlich an die Seite der bisher alleinig opponierenden sogenannten „rechtskonservativen“ Kreise gestellt (siehe Sonntagszeitung vom 29.Nov.2015). Man darf also gespannt sein zur bevorstehenden weiteren medialen Behandlung des Themas.

Mein persönliches Fazit: Man beurteile Medien wenn immer möglich weniger danach, was sie berichten, sondern vielmehr danach, wie sie berichten – und vor allem danach, was sie an Wichtigem unterschlagen und dadurch den Bürgern vorenthalten. Aber nicht, dass Medien manipulieren würden. Gott bewahre, das doch nicht! Das doch auf keinen Fall?!....

<http://schuleschweiz.blogspot.ch/2015/12/medien-manipulieren-doch-nicht.html#more>

SonntagsZeitung, 6.12.2015

## Schulreform: Warnung an renitente Lehrer

Schaffhausen Der Schaffhauser FDP-Regierungsrat Christian Amsler verteidigt den Lehrplan 21 gegen neue Kritik von links. Der Präsident der Erziehungsdirektorenkonferenz der Deutschschweizer Kantone weist die Forderung zurück, das neue Regelwerk für die Schulen müsse vors Volk. Der Lehrplan habe «viele Kritiker, aber praktisch keine Leser» und müsse nun «als Sammelbecken für Unzufriedene erhalten». Es sei zwar wichtig, alle Lehrer an Bord zu holen. Aber «wenn es Lehrer gibt, die renitent sind und sich weigern, den Lehrplan umzusetzen, darf die Behörde keinen Millimeter zurückweichen», sagt Amsler.

### «Der Lehrplan ist umzusetzen»



**Christian Amsler, Schirmherr des Lehrplans 21, über die Harmonisierung der Schulen, die Mitsprache der Bevölkerung und renitente Lehrer**

**Schaffhausen** Aufregung um den neuen Lehrplan: Jetzt wird das Regelwerk auch von linksliberalen Kreisen angegriffen. Die Berichterstattung der SonntagsZeitung von letzter Woche löste Zustimmung aus, aber auch heftigen Widerspruch. Die Erziehungsdirektorenkonferenz (EDK) und die Deutschschweizer Bildungsdirektoren (D-EDK) reagierten mit öffentlichen Stellungnahmen. Der Schaffhauser FDP-Regierungsrat Christian Amsler (52) ist Präsident der D-EDK und damit Schirmherr des Lehrplans 21, der in allen Deutschschweizer Kantonen gelten soll.

**Eine linksliberale Oppositionsgruppe fordert, der Lehrplan 21 müsse vor das Volk. Man wirft Ihnen undemokratisches Vorgehen vor.**

Dieser Vorwurf ist völlig verfehlt. Das Volk hat 2006 Ja gesagt zum Bildungsartikel und damit zum Auftrag, die Schulen zu harmonisieren.

**Das Volk hat aber nie Ja gesagt zu einem Lehrplan, der auf Kompetenzen aufbaut und nicht mehr Lerninhalte beschreibt.**

Der Gesetzgeber hat die Verantwortung für die Lehrpläne klar zugewiesen. In fast allen Kantonen ist dafür der Bildungs- respektive der Erziehungsrat oder der Regierungsrat zuständig. Seine Mitglieder sind demokratisch gewählt.

**Trotzdem wurden in mehreren Kantonen Volksinitiativen gestartet, damit Parlament und Bevölkerung beim Lehrplan mitreden können. Das muss Ihnen doch zu denken geben.**

Ich fände es völlig verfehlt, wenn das Kantonsparlament oder das Volk über einen Lehrplan abstimmt. Ein Lehrplan ist etwas so Komplexes, dass es richtig ist, wenn dafür ein Fachgremium zuständig ist. Die Gegner werfen uns natürlich vor, dass wir das Volk aushebeln. Aber die Beurteilung eines Lehrplans ist schlicht eine Überforderung der Gesamtbevölkerung. Das sage ich in aller Deutlichkeit.

**Es stellt sich doch die Frage, ob man eine grundlegende Reform der Volksschule, wie sie jetzt von Experten beschlossen wurde, mit dem Verfassungsauftrag von 2006 begründen kann.**

Der Lehrplan 21 ist keine Schulreform, sondern die logische Fortführung der bestehenden Lehrpläne. Die Krux des neuen Lehrplans ist, dass er viele Kritiker hat, aber praktisch keine Leser. Er muss als Sammelbecken für Unzufriedene erhalten. Das zeigt auch die grosse Bandbreite der Kritiker von links bis ganz rechts, von konservativen Christen bis zu Weltverschwörungsgruppen.

**Was machen Sie in jenen 13 Kantonen, in denen gegen den Lehrplan Volksinitiativen gestartet wurden?**

Wir können nichts anderes tun, als hinzustehen und uns zu äussern. Es gehört zu einer Demokratie, dass sich die Gegner formieren und Unterschriften sammeln. Es gab auch mehrere Vorstösse in den kantonalen Parlamenten. Da wurde eine klare Sprache gesprochen: Die Kantonsparlamente wollen nicht, dass sie zuständig sind für den Lehrplan.

**Das Volk wollte eine einfachere Mobilität beim Schulwechsel von einem Kanton in den anderen. Stattdessen haben wir jetzt einen Flickenteppich bei den Fremdsprachen und dafür einen Lehrplan, den viele gar nie wollten.**

Wenn man schaut, wo die Kantone noch vor ein paar Jahren standen, haben wir bei der Harmonisierung einen bemerkenswerten Stand erreicht. Mit Ausnahme der Sprachen. Da müssen wir uns nichts vormachen. In Kantonen, die an der Sprachgrenze liegen, beginnt man mit Französisch, in der Ostschweiz mit Englisch. Aber es ist ein No-go, das in meinem Kanton umzukehren oder das Englisch aus der Primarschule zu kippen. Dass es bei den Fremdsprachen keine Einigung zwischen den Kantonen gibt, ist der Preis, den wir für unser föderales, vierkulturiges Land zahlen.

**Für Empörung beim neuen Lehrplan sorgt, dass das Wissen den Kompetenzen untergeordnet wird. In einem Rundschreiben zum neuen Französischlehrmittel «Mille feuilles» wird festgehalten, was man im Unterricht nicht mehr tun dürfe: Wörtchentests, Diktate, Grammatiktests.**

Ich muss zugeben, das finde ich in dieser Absolutheit auch unglücklich. Dieses Lehrmittel ist umstritten. Wir benutzen es nicht im Kanton Schaffhausen.

**Bereitet der Lehrplan 21 den Boden für «Neuerungen» wie «Mille feuilles»?**

Nein, überhaupt nicht. Es ist klar, dass man mit der neuen Fremdsprachendidaktik mehr die Freude an der Sprache wecken und einen angstfreien Zugang ermöglichen will. Früher war der Französischunterricht ja für viele Kinder ein absoluter Ablöcher, weil sie zum Beispiel Mühe hatten mit dem Passé composé. Aber es ist sicher nicht das Ziel, dass in der Schule überhaupt keine Grammatik mehr gelehrt wird. Die SVP behauptet ständig, der Lehrer sei nur noch Coach, die Noten würden abgeschafft, es herrsche nur noch das Lustprinzip. Das ist absoluter Humbug. Der neue Lehrplan macht hier überhaupt keine Vorschriften.

**Wir haben viele Stellungnahmen von engagierten Lehrern, zum Teil aus dem Kanton Bern, die sich nicht mehr trauen, sich kritisch zum Lehrplan zu äussern. Wer das tue, sei erledigt.**

Das betrübt mich zutiefst, das kann nicht die Idee sein. Ich glaube aber nicht, dass in einem Kanton wirklich ein solches Klima der Angst herrscht. Die Lehrerinnen und Lehrer wurden mit Hearings, Workshops und in den Vernehmlassungen von Anfang an miteinbezogen.

**Bei einer Präsentation im Kanton Thurgau zur Einführung des Lehrplans 21 hiess es, bei einem Lehrer, der nicht mitziehen wolle, müsse man den «Leidensdruck erhöhen». Ein Mittel, um bei widerspenstigen Lehrern zum Ziel zu kommen.**

Das betrifft einen anderen Kanton, darum kommentiere ich das nicht. Es würde mich aber sehr überraschen, wenn ein Profi so argumentiert. Es ist eine Herausforderung, alle Lehrer an Bord zu holen. Andererseits handelt es sich um ein klares Angestelltenverhältnis. Die Schulbehörden und letztlich der Erziehungsdirektor sind verantwortlich, dass der Lehrplan eingeführt wird. Wenn es Lehrer gibt, die renitent sind und sich weigern, den Lehrplan umzusetzen, darf die Behörde keinen Millimeter zurückweichen. Der Lehrplan ist umzusetzen.

Nadja Pastega, Armin Müller

[http://www.sonntagszeitung.ch/read/sz\\_06\\_12\\_2015/nachrichten/](http://www.sonntagszeitung.ch/read/sz_06_12_2015/nachrichten/)



GBW-Tagung 14.11.2015

# Digitalisierung als De-Humanisierung

Gegen die Ökonomisierung des Bildungswesens, GBW-Tagung 14.11.2015 Ffm

Der Generalnenner der letzten zwei Dekaden ist das Vordringen der Digitaltechniken in nahezu alle Lebensbereiche. Ob Arbeitswelt oder Schule und Hochschule, ob Kommunikations- oder Konsumverhalten: Ohne Rechner, Software und Netz scheint heute nichts mehr zu gehen. Laptops, Smartphones und Social Media sind markante Wegmarken auf diesem Weg zur „digitalen Gesellschaft“. Der jederzeit und überall mögliche Netzzugang durch mobile Geräte ist das (Status)Symbol digitalaffiner Gesellschaften, auch in Bildungseinrichtungen. Schulen ans Netz oder Tabletklassen heißen dazu die Schlagworte.

Wer allerdings Web & Co. für Unterhaltungs- und Kommunikationsmedien, wer Smartphones, Apps und Social Media-Plattformen im Kontext von Schule und Weiterbildung für zeitgemäße Lehr- und Lernmittel hält, greift zu kurz. Das immer engere Netz der digitalen Infrastruktur hat als wesentliche Komponente einen permanenten Rückkanal. Alles, was der Einzelne im Netz tut, wird in Datenbanken gespeichert, mit Hilfe von komplexen Algorithmen ausgewertet und zu immer genaueren, personalisierten Profilen destilliert. Menschen sind nurmehr Datenlieferanten für die Mustererkennung und Profilierung durch Big Data. Digitalisierung ist das Synonym für die vollständige Überwachung und Kontrolle aller. Das Freiheitsversprechen des Web erweist sich somit als illusionär. Statt Individualität und Selbstbestimmung herrschen Gruppenzwang und Sozialkontrolle. Der erzwungene Verzicht auf Privatsphäre und Datenprostitution, um z.B. Teil einer Community wie Facebook oder LinkedIn zu werden bzw. zu bleiben, sind Beispiele. Wer an der Kommunikation der Sozialgemeinschaft (Schule, Hochschule, Verein) partizipieren will, wird ins Netz gezwungen.

Gesundheit und Bildung sind die beiden Systeme, die aktuell ganz oben auf der Agenda der Digitalisten stehen und mittels technischer Infrastruktur, Software und Netzwerken kontrolliert und gesteuert werden sollen. Selftracking oder Quantified Self heißt der Trend zum Sammeln körperbezogener Daten wie Puls, Körpertemperatur oder Schlafphasen. Online- oder Mobile Learning heißt das gleiche für digitale Lehrmedien. Das Prinzip ist identisch. Es werden möglichst viele Daten über den Einzelnen gesammelt und daraus dann passende Angebote (oder Warnungen) berechnet. In Folge bestimmen Algorithmen, ob und welche Behandlungen ein Patient bekommt oder welches Lernmodul einem Lernling als nächstes auf dem Display oder Touchscreen eingespielt wird. Es sind zugleich die beiden Systeme, die extrem empfindlich auf effizienz- und profitmaximierende Ökonomisierung reagieren, da sowohl ärztliche Beratung und Behandlung wie Lehr- und Lernprozesse auf gegenseitigem Vertrauen, Achtung, wechselseitigem Respekt und Empathie beruhen. Wer nurmehr quantifiziert und algorithmisch regelt, nimmt diesen Systemen alles Humane.

## Daher dieser Appell:

1. Ein Appell gegen den Wahn der Digitalisierung im Bildungsbereich. Digitalisten und ihre Adressaten trommeln für ein Revival des Skinnerschen Behaviorismus und des programmierten Lernens, das wir aus den 1950er-Jahren in den USA kennen und das in den 1960er Jahren auch in Deutschland populär war. Das mag technisch möglich sein, finanziell effektiv und für die Investoren gewinnbringend, wenn man Menschen wie Versuchstiere an Lernapparate setzt und dort

für sich und von Maschinen gesteuert arbeiten lässt. Es war aber schon damals bereits vom Ansatz her grundfalsch, korrespondiert mehr mit Konditionierung und Drill als mit Lernen. Es ist dem Wesen nach und im dahinter stehenden Menschenbild inhuman. Der Behaviorismus wird weder durch Wiederholung noch durch die Digitalisierung von Lehrmedien besser.

2. Ein Appell für die Besinnung auf Schulen und Hochschulen als Orte der Humanitas, des Von- und Miteinanderlernens und des demokratischen Diskurses. Statt Ökonomisierung und Digitalisierung des Bildungswesens brauchen wir eine Humanisierung und Re-Individualisierung in humanistischer Tradition. Nicht Technik und Kontrolle führen zu Wissen und Können, sondern der Dialog zwischen Lehrenden und Lernenden. Zur Lehr- und Lehrerpersönlichkeit auf der einen gehört die Schülerpersönlichkeit auf der anderen Seite. Es ist im Kern die sokratische Akademie.

3. Ein Appell gegen die Vermessung und automatisierte Steuerung des Menschen. Kybernetiker, Behavioristen und heute die Valley-Digitalisten und ihre Digital-Adventisten setzen Technik zur Kontrolle, Steuerung und Manipulation von Menschen ein. Sie kümmern sich dabei weder um die Folgen der medialen Isolierung am Bildschirm noch um Datenschutz – Stichworte sind informationelles Selbstbestimmungsrecht, Persönlichkeitsrechte, Privatsphäre. Das müssen wir juristisch aufbrechen: die Urteile zum Recht auf Vergessen bei Google, zur Dateneinsicht bei Facebook oder die Aufhebung des Safe Harbour-Beschlusses weisen die Richtung. Das müssen wir aber auch pädagogisch aufbrechen, indem Medientechnik und Medien wieder auf ihre Funktion als Hilfsmittel reduziert und ausschließlich nach pädagogischen Notwendigkeiten eingesetzt werden.

Der ganze Vortrag (15 Seiten mit Quellen) als PDF:

[Lankau: Digitalisierung als De-Humanisierung](#)

<http://s528128686.online.de/blog/2015/11/digitalisierung-als-de-humanisierung/>